

# «Die Meinung zu sagen, braucht Vertrauen»

Zuhören, diskutieren und eine gemeinsame Lösung formulieren: Über 100 Jugendliche beschäftigen sich noch bis am Sonntag an der Session des Europäischen Jugendparlaments in Freiburg mit dem Thema «Bürgerrechte». Eine von ihnen ist die 17-jährige Mélanie Carrel aus Marly.

REGULA BUR

«Eine Verletzung von Bürgerrechten, das wäre zum Beispiel, wenn jemand ohne Prozess verurteilt würde», sagt ein Jugendlicher und schaut fragend in die Runde. «Ja», sagt eine junge Frau, und schreibt ein Stichwort auf einen Zettel und fügt an: «Mord gehört auch dazu.»

## Durch Lehrerin ermuntert

Die zwölf Mittelschülerinnen und Mittelschüler, die sich gestern Nachmittag mit der schweren Materie befassten, nehmen alle an der 18. Session des Europäischen Jugendparlaments Schweiz teil, die vom 3. bis 7. September in Freiburg stattfindet (siehe Kasten). Unter ihnen ist auch die 17-jährige Mélanie Carrel. Ihre Geschichtslehrerin habe sie zu einer Teilnahme ermuntert, erzählt die Schülerin des Kollegiums Heilig Kreuz. «Ich interessiere mich zwar sehr für Gesichte und engagiere mich mit Amnesty International für die Menschenrechte, mit Politik hatte ich bisher aber wenig zu tun. Das Jugendparlament hat mich gereizt.»

Mit sechs anderen Gymnasiasten bildete sie eine Freiburger Delegation. Diese bewarb sich für eine Teilnahme – und wurde angenommen. Während der Session arbeitet sie aber nicht mit ihren Freiburger Kolleginnen und Kollegen zusammen. «Jede Delegation wird auf die zehn Kommissionen aufgeteilt, die alle verschiedene Aspekte des diesjährigen Themas «Bürgerrechte im vielfältigen Europa» behandeln.»

## Alles auf Englisch

«Versucht, unsere Fragestellung so zu formulieren, dass es ein fünfjähriges Kind verstehen würde», fordert die Leiterin



Auch in der Kaffeepause diskutiert Mélanie Carrel (Mitte) lebhaft mit anderen Jugendlichen.

Bild Vincent Murith

rin Lena Vogel ihre Kommission auf. Nicht ganz einfach bei der komplexen Frage, inwiefern die EU den Handel mit Indien aufrechterhalten kann, obwohl Berichte über Bürgerrechtsverletzungen im indischen Staat Jammu und Kashmir bekannt sind.

Nach kurzen Diskussionen zu zweit oder zu dritt lesen die Jugendlichen ihre Lösungen vor, auch Mélanie Carrel meldet sich zu Wort. Sie aktiv einzubringen, habe zunächst schon etwas Überwindung gebraucht. «Alle Diskussionen

finden auf Englisch statt. Manche Fachwörter waren mir am Anfang nicht geläufig, ich habe mich aber schnell daran gewöhnt.» Auch dass die Kommissionen aus Jugendlichen aus der ganzen Schweiz zusammengesetzt würden, mache die Diskussion nicht ganz einfach. «Ich finde, es braucht ein gewisses Vertrauen, damit ich meine Meinung ganz offen sagen kann.»

Um Nähe zu schaffen, hat denn die Session auch nicht gleich mit Politik begonnen. «Am ersten Nachmittag haben

wir verschiedene Übungen gemacht, bei denen wir uns auf die anderen verlassen mussten, und auch etwas persönlichere Themen diskutierten.» Zudem sind alle Jugendlichen – auch diejenigen von Freiburg und Umgebung – in einer Zivilschutzanlage im Schönberg untergebracht.

Es scheint zu funktionieren: Bei der Kaffeepause, zu der auch andere Kommissionen kommen, stehen die Jugendlichen nahe beieinander, diskutieren lebhaft, lachen. Neben Englisch sind nun auch

Deutsch und Französisch zu hören. Nach der Stärkung geht die Arbeit weiter: Bis heute Mittag müssen die Jugendlichen für ihr politisches Problem einen Lösungsvorschlag gefunden haben, den sie in einer Resolution festhalten. In der anschließenden parlamentarischen Vollversammlung stellen die Sessionsteilnehmer ihre Resolutionen vor, verteidigen und diskutieren sie. Dieser Dialog sei anspruchsvoll, sagt Lena Vogel. «Die Teilnehmer müssen gut zuhören, auf das Gesagte re-

## Jugendparlament: Bewusstsein für Probleme fördern

Das Europäische Jugendparlament (EYP) wurde 1987 in Frankreich als Schulprojekt ins Leben gerufen. Pro Jahr gibt es rund 200 regionale, nationale und internationale Sessions, an denen über 20 000 Jugendliche teilnehmen. Ziel des EYP ist es, bei jungen Erwachsenen das Bewusstsein für gemeinsame Probleme zu fördern und das internationale Verständnis und die Diversität der Ideen zu unterstützen. Auch soll den jungen Erwachsenen die Möglichkeit gegeben werden, einmal selbst zu politisieren. Wie eine richtige Session ist die Veranstaltung deshalb in verschiedene Teile gegliedert: Nach der Einteilung in verschiedene Kommissionen und dem Kennenlernen folgt die Arbeit in den Kommissionen, zum Abschluss gibt es eine parlamentarische Vollversammlung. Gesprochen werden nach Vorbild des Europaparlaments Englisch und Französisch. *rb*

agieren und ihren eigenen Standpunkt erklären.»

Eine Herausforderung, die Mélanie Carrel gefällt. «Es ist spannend, über aktuelle Probleme nachzudenken und zu versuchen, eine Lösung zu finden», meint sie. Und wird sie die nächste Freiburger Bundesrätin? «Ich glaube nicht, dass ich nun gleich eine politische Karriere machen will», sagt sie. Sie könne sich aber vorstellen in eine Partei einzutreten; in welche wisse sie noch nicht genau. «Links bis Mitte müsste es sein.»

## SP mobilisiert in Deutschfreiburg

Die Krankenkassen-Abstimmung brauche für ein Ja in der Westschweiz den See- und Sensebezirk, hielt Ständerat Christian Levrat vor den Freiburger SP-Delegierten fest.

FAHRETTIN CALISLAR

**DOMDIDIÉ** Die Befürworter der öffentlichen Krankenkasse werden in der Deutschschweiz einen schweren Stand haben. Doch sie setzen auf ein lückenloses Ja in der Westschweiz. «Wir hoffen, dass die Roman die geschlossen dafür stimmt. Denn das eröffnet die Möglichkeit einer regionalen Lösung, wenn die Vorlage national nicht durchkommt», sagte Ständerat Christian Levrat am Mittwochabend vor den SP-Delegierten in Domdidier. Er rief dazu auf, gerade in Deutschfreiburg möglichst intensiv für die Vorlage zu werben. «Wir müssen in diesen Bezirken um jede Stimme kämpfen, um auch in Freiburg eine Mehrheit zu haben», sagte Levrat.

Die SP Freiburg musste er nicht überzeugen, die Anwesenden beschlossen einstimmig die Ja-Parole. Vizepräsident Olivier Flechtner hatte davor nochmal die wichtigsten Punkte aufgezählt, die seiner Meinung nach für die Vorlage sprechen. Die öffentliche Krankenkasse gebe die Macht in der Gesundheitspolitik in die Hän-

de des Volkes, schaffe Transparenz und Qualität, sei effizient und verhindere Willkür bei der Vergütung sowie die Jagd der Kassen auf die Gesunden und Jungen. «Sie stärkt die Interessen der Versicherten gegenüber den Aktionären.» Die aktuelle Situation sei alarmierend, betonte Flechtner, von einem echten Wettbewerb könne man nicht sprechen.

Zudem spare die öffentliche Kasse Werbe- und Administrationskosten, betonte SP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker Jean-François Steiert. Er wies auf die hohen Kaderlöhne in den Kassen hin und beklagte störende Werbeanrufe. Diese Stellen würden gestrichen. Das mache zwar nie Freude, aber: «Diese Stellen bringen dem Gesundheitswesen nichts.»

Auch Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre, kürzlich wegen ihres Einsatzes für die Vorlage kritisiert, liess kein gutes Haar am heutigen System. «Ich kenne die Probleme aus eigener Erfahrung. Wir müssen um unser Gesundheitswesen kämpfen.» Und Levrat schloss die Debatte mit der Bemerkung, dass es ei-

gentlich nicht angehe, Werbung gegen die Interessen der Versicherten mit deren Prämien zu bezahlen.

## Keine Ungleichheit

Mit der Mehrwertsteuer-Vorlage machte die SP kurzen Prozess und sagte Nein. Das System mit den beiden Steuersätzen – einem tieferen für Take-aways und einem höheren für die Restaurants – mache trotz Ungleichheit Sinn, so SP-Grossrat Raoul Girard. Eine Annahme würde weitere Ungleichheiten schaffen. Eine Steuersenkung käme – wenn überhaupt – dem Geschäftsmann zugute und nicht dem Angestellten oder dem Studenten, der selten im Restaurant esse. Es gehe nicht nur um geringere Einnahmen für die Bundeskasse in der Höhe von über 700 Millionen Franken. Auch AHV und IV müssten sich über 100 Millionen Franken im Jahr ans Bein streichen. Die Schweiz habe einen moderaten Steuerfuss. Girards Fazit: «Es stimmt, wir wollen keine Ungleichheiten. Aber es gibt bedeutend schwerwiegendere Ungleichheiten, gegen welche wir kämpfen müssen.»

## SVP Freiburg folgt der Mutterpartei

Die Meinungen sind gemacht: Die Delegierten der kantonalen SVP-Sektion folgen mit einem Ja und einem Nein in ihren Abstimmungsempfehlungen der SVP Schweiz.

MATTHIAS SCHAFER

**LE CHÂTELARD** Die Delegierten der kantonalen SVP haben am Mittwoch im Zentralvorstand ihre Parolen für die anstehenden eidgenössischen Abstimmungen vom 28. September gefasst: Einmal Ja und einmal Nein – es sind die gleichen Parolen, wie sie die SVP Schweiz herausgegeben hatte.

## Keine Diskriminierung?

«Das Einzige, was wir wollen, ist Gleichberechtigung», erklärte Muriel Hauser, Präsidentin von Gastro Freiburg, den Delegierten und versuchte damit die Initiative ihres Verbandes «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes» auf den Punkt zu bringen. Denn diese Gleichberechtigung sei bei einem Mehrwertsteuersatz von acht Prozent für das Gastgewerbe und von 2,5 Prozent für Take-aways und andere Lebensmittelanbieter nicht gegeben.

Sie würde keine Privilegien verlangen, das sei nicht die Absicht der Initiative, fuhr Hauser fort. «Die derzeitige Situation ist aber diskriminierend», lau-

det ihr Fazit. Damit kam die Präsidentin von Gastro Freiburg bei fast allen der 31 Delegierten an.

So konnten denn auch die Ausführungen des eingeladenen Waadtländer SP-Politikers Pierre Dessemontet nichts ändern: «Ein Restaurant bietet Dienstleistungen an: Der Kunde erhält einen Tisch, er wird bedient und kann auch die Toiletten benutzen – diesen Service bekommt man beim Kauf eines Take-away-Produkts nicht», erläuterte er an der Versammlung. Dessemontet sagte, dass deshalb derselbe Steuersatz wie bei allen anderen Dienstleistungsbetrieben gelten müsse. Auch der Hinweis, dass bei einer allfälligen Senkung des Steuersatzes der Bundeskasse Einnahmen von mehreren Hundert Millionen Franken drohen würden, beeindruckte die Anwesenden nicht: Mit 28 zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen beschlossen die Delegierten die Ja-Parole.

## Knackpunkt Kosten

Auch während seiner Verteidigung der Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkas-

se» stiess Pierre Dessemontet mit seinen Argumenten bei den Delegierten in Le Châtelard (Glânebezirk) auf Widerstand. «Das jetzige System hat seine Versprechen nicht gehalten», sagte der Sozialdemokrat aus Yverdon. Er meinte damit vorderhand die explodierenden Kosten des Gesundheitswesens und «die Undurchsichtigkeit des jetzigen Systems», aber auch die bestehenden Prämienunterschiede. «Eine Einheitskasse wäre viel durchschaubarer als die heutigen Kassen», so Dessemontet.

Sein Kontrahent, der Waadtländer SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin, hielt dem entgegen: «Das undurchsichtige System ist eben gerade die Einheitskasse, weil wir nicht wissen, was auf uns zukommt.»

Neben den zahlreichen Unsicherheiten würde es auch erhebliche Kosten und Probleme beim Übergang vom jetzigen zum vorgeschlagenen System geben, so Grin. Er hatte mit seinen Aussagen keine Mühe, die Delegierten zu überzeugen: Mit 25 zu einer Stimme bei drei Enthaltungen beschloss die kantonale SVP die Nein-Parole zur Einheitskasse.